

# Linke fordert Tempo in Knauthain

Neue Eigenheimgebiete an Rehbacher Straße ließen seit Jahren auf sich warten

VON JENS ROMETSCH



Die Erschließungsarbeiten für die ersten 24 von geplant rund 270 neuen Eigenheimen an der Rehbacher Straße wurden in dieser Woche offiziell gestartet. Foto: Jens Rometsch

**Knauthain.** Der Leipziger Linken dauert die Entwicklung neuer Eigenheimgebiete in Knauthain viel zu lange. „Es ist kein Ruhmesblatt, was die städtische Entwicklungsgesellschaft LESG da bisher gezeigt hat“, erklärte Stadtrat Reiner Engelmann, der selbst in der benachbarten Thomas-Müntzer-Siedlung wohnt. Im Jahr 2016 habe der Stadtrat die LESG beauftragt, an der Rehbacher Straße schnellstmöglich Bauland für Familien bereitzustellen. „Das ist nun fast drei Jahre her“, resümierte Engelmann mit Blick auf den offiziellen Start der Erschließungsarbeiten in dieser Woche (die LVZ berichtete).

Ebenfalls im Jahr 2016 hätten private Baufirmen angekündigt, an der Brauereistraße in Großzschocher eine alte Konservenfabrik abreißen zu wollen, um dort 60 Eigenheime zu errichten. „An der Brauereistraße sind heute die meisten Häuser fertig und bezogen, doch in Knauthain ist noch nicht mal das Feld gemäht“, kritisierte der Linke. Er forderte die kommunale Gesellschaft zu deutlich mehr Tempo auf. „Sonst sind noch mehr Familien mit Bauwunsch gezwungen, ins Umland auszuweichen. Das hatten wir alles schon mal in den Neunzigern.“ Bei der Erweiterung der alten Thomas-Müntzer-Siedlung seien der Stadt Leipzig und der LESG schon mehrfach kapitale Fehlleistungen unterlaufen. So sei die neue Kita an einem ungünstigen Standort gebaut worden. „Bei den nach der Wende entstandenen Häusern mussten die Wege- und Platzbeziehungen im Nachhinein neu gestaltet werden. Letztlich sah sich die LESG nicht in der Lage, die Erweiterung voranzubringen und gab das Areal der Stadt Leipzig mit riesigen Verlusten zurück.“ Auf den Flächen sei dann ein nicht geplanter Wald gewachsen, was zu weiteren Kosten in Millionenhöhe führte. Auch gebe es auf dem Areal noch Aufschüttungen und Verwerfungen – teils als Ergebnis archäologischer Untersuchungen, deren Folgenbeseitigung die Kommune vergessen habe.

„Der Linken wurde das ganze Treiben zu bunt. Sie verlangte die Herstellung von Ordnung und sauberem Baurecht – und nicht zuletzt, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.“ Bei der nun laufenden Rückübertragung der Flächen an die LESG habe seine Fraktion darauf geachtet, dass die Vorhaben scharfen Kontrollen unterliegen und „eine soziale Komponente erhalten, damit das viele verbrannte Geld wenigstens nachträglich zu rechtfertigen ist“, sagte Engelmann. „Wir hoffen, dass die LESG diesmal ihrer Verantwortung gerecht wird. Vor allem hoffen wir, die neuen Bewohner bald herzlich willkommen heißen zu können.“